

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Sicherung von Werftarbeitsplätzen und -standorten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der katastrophale Auftragseinbruch bei den bundesdeutschen Werften hat eine Kette von Insolvenzen und Werftstillegungen hervorgerufen, deren Ende noch nicht absehbar ist. Traditionelle Schiffbaustandorte in den norddeutschen Küstenländern sind in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Existenz gefährdet.

Der Schiffbau und die damit verbundenen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen bilden nach wie vor ein Kernstück der Küstenökonomie.

Aus industrie- und regionalpolitischen Gründen ist deshalb sofortiges Handeln des Bundes geboten, um die verbliebenen Arbeitsplätze und Produktionsstandorte im Schiffbau zu erhalten und gleichzeitig den Prozeß der Modernisierung und Produktionsumstellung auf den Werften zu fördern.

Die 6. EG-Schiffbaubeihilfe-Richtlinie bietet dafür Handlungsmöglichkeiten, die durch nationale Programme ergänzt werden müssen.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. im Bereich der Schiffbauhilfen ab sofort eine Förderung von Inlands- und Auslandsaufträgen im Handelsschiffsneubau und -umbau bis zu 20 % zu gewähren,
2. den Höchstsatz technologisch anspruchsvollen und Spezialschiffen vorzubehalten,
3. im Bereich der Neubauzuschüsse für bundesdeutsche Reeder eine Reederhilfe in Höhe von 7,5 % aufrechtzuerhalten, die an die Führung der deutschen Flagge gebunden ist,
4. bei Ausflaggungen diese Zuschüsse zurückzufordern,
5. flankierend zu verbesserten Schiffbauhilfen
 - a) ein Programm zur Förderung der Entwicklung und Vermarktung schiffbaufremder, ziviler Produkte durch die Werften in Höhe von 150 Mio. DM p.a. aufzulegen,

- b) die Entwicklung umweltfreundlicher Schiffstechniken, vor allem in den Bereichen Schiffsantrieb und Schiffsent-sorgung, in die staatliche Forschungsförderung aufzu-nehmen,
- c) durch höhere Sicherheits- und Umweltstandards für Han-delsschiffe die Nachfrage nach Neu- und Umbauten zu unterstützen und entsprechende Initiativen auf EG-Ebene zu ergreifen.

Bonn, den 19. Mai 1987

Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion